

Planvolle Deutschlandpolitik erfordert Katalog flexibler Gegenmaßnahmen

Anläßlich der Vorlage eines von der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter dem Titel „Planvolle Deutschlandpolitik erfordert Katalog flexibler Gegenmaßnahmen“ erarbeiteten Handlungsrahmens erklärte Generalsekretär Heiner Geißler u. a.: Nach der deutschlandpolitischen Euphorie in der Ära Brandt ist die Deutschlandpolitik für die Regierung Schmidt offensichtlich nachrangig geworden. Die Bundesregierung nahm Vertragsbrüche, Schikanen und Menschenrechtsverletzungen der DDR nur zur Kenntnis und beschränkte sich auf Proteste, die mit dem Begriff „Pflichtübungen“ zu bezeichnen sind. Gegenmaßnahmen wurden abgelehnt oder sogar als Revanchedenken gebrandmarkt.

Von der SPD/FDP aufgerichtete Scheinalternativen — wie Verhandeln statt Drohen, Entspannung statt kalter Krieg, Frieden statt Sicherheitsrisiko — verstellen das eigentliche Problem. Die CDU stellt fest, daß die Politik des Gewährenlassens, die von der Bundesregierung praktiziert wird, den Erfordernissen einer klaren und planvollen Deutschlandpolitik nicht entspricht. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß bisher unausgeschöpfte Spielräume für ein flexibles System von Gegenmaßnahmen gegen Schadenshandlungen der DDR bestehen. Es muß ein Katalog von Reaktionen bereitgehalten werden. Die CDU ist davon überzeugt, daß von einem solchen Instrument an sich schon eine Wirkung ausgehen kann, die es für die DDR nicht mehr wie bisher risikolos macht, Verträge zu verletzen und Schikanen zu praktizieren. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, sich aus ihrer bisherigen Lethargie zu lösen, der Deutschlandpolitik wieder hohe Priorität zuzuerkennen und gegenüber Rechts- und Interessenverletzungen durch die DDR-Regierung planvoll und methodisch vorzugehen.

Die SPD/FDP-Koalition ist 1969 mit dem Anspruch angetreten, mit der DDR-Regierung auch über ideologische Gegensätze hinweg eine sachliche Zusammenarbeit vereinbaren und dadurch über ein vertraglich geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander gelangen zu können. In weiten Bereichen ist ihre Vertragspolitik jedoch unrealisierbar geblieben. Trotz der Aufgabe wichtiger Positionen hat sie die deutschen Fragen nur punktuell in Bewegung gebracht.

Aber selbst da, wo die Bundesregierung glaubte, das „geregelte Nebeneinander“ erreicht zu haben, stellen wir fest, daß die DDR die Regelung unerbittlich zu ihrem Vorteil verlagert. Wir beobachten gerade seit der Bundestagswahl 1976:

- unentwegte Zusatzforderungen der DDR, die das Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag für die Bundesregierung erhöhen;
- künstliche Hindernisse, die die DDR bei der Abwicklung der Vereinbarungen aufstellt;
- Schikanen;
- offene Vertragsverletzungen;
- rücksichtslose Ausnutzung der Zweideutigkeit und textlichen Ungenauigkeiten, die die Verträge aufweisen;
- willkürliche Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe.

Die Folge ist, daß das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Vertragspolitik der Bundesregierung sich immer weiter zu unseren Ungunsten verschiebt, daß neue vollendete Tatsachen geschaffen werden, an die die Bevölkerung sich gewöhnen könnte, daß Position nach Position in einem Erosions- und Abstumpfungsprozeß verlorengeht. Die CDU steht auf dem Boden der seit 1972 geltenden Verträge mit der DDR und will sie über die bloße Positions wahrung hinaus entschieden für eine aktive Deutschlandpolitik im Interesse aller Menschen in Deutschland nutzen. Um so nachdrücklicher wendet sie sich jedoch gegen die Tatenlosigkeit, mit der die Bundesregierung der ständigen Erosion unserer Position gegenübersteht. Immer mehr müssen wir beobachten, daß die Beeinträchtigung unserer Rechts- und Interessenposition hingenommen oder heruntergespielt wird. Kaum, daß die Bundesregierung einmal — wenn dies die öffentliche Meinung verlangt — einen müden Protest lanciert, dem die Bereitschaft, Konsequenzen folgen zu lassen, sichtlich fehlt.

Was nicht in das amtlich propagierte Entspannungs idyll paßt, wird mit Verlegenheit quittiert und nach Möglichkeit verdrängt. Die Bundesregierung bietet damit ein Bild der Ratlosigkeit und Hilflosigkeit. Sie praktiziert eine erklärte Politik des Nichtstuns gegenüber Schadenshandlungen der DDR. Die Gründe lassen sich unschwer erkennen. Bequemlichkeit und ideologische Parallaxe gehen Hand in Hand.

Die Fehleinschätzung östlicher Politik und östlicher Verhandlungspraxis ist in breiten Kreisen der sozial-liberalen Koalition, insbesondere im Bundeskanzleramt, nicht grundlegend korrigiert. Die These, heute gelte es, regelwidriges Verhalten der DDR stillschweigend zu dulden, damit die langfristigen Früchte der Vertragspolitik heranreifen könnten, beruht auf Wunschdenken und prognostischer Fehleistung.

Die Bundesregierung läßt sich von widersprüchlichen Prämissen leiten: auf der einen Seite hält sie trotz aller eklatanten empirischen Rückschläge am Konzept des „Wandels durch Annäherung“ fest — auf der anderen Seite beschwört sie die Gefahren einer „Destabilisierung“ der gegenwärtigen DDR-Führung im Falle einer Beantwortung der von der DDR ausgehenden Schadenshandlungen.

In der Bundesregierung macht sich eine zunehmende Resignation gegenüber Menschenrechtsverletzungen in dem anderen Teil Deutschlands breit. Sie werden als unausweichlicher Bestandteil östlicher Regime hingenommen.

Die Bundesregierung hat über Jahre hin eine — angeblich wertfreie — geschönte DDR-Forschung gefördert, deren Opfer sie nun ist. Vor allem aber:

Die Bundesregierung denkt in Scheinalternativen. Ihre Behauptung, Reaktionen auf Schadenshandlungen der DDR seien per se entspannungsfreindlich und führen zum kalten Krieg zurück, entbehrt der Schlüssigkeit. Sie läßt differenzierende Einsicht in die komplexen innerdeutschen Zusammenhänge und Möglichkeiten vermissen. Ihre Schwarzweiß-Betrachtung verstellt das eigentliche Problem.

Der Gestaltungswille, der Wille, in der deutschen Sache etwas in Bewegung zu bringen, ist der Bundesregierung verlorengegangen. Unter dem Motto „Sanktionen gefährden das Erreichte“ praktiziert sie den Verzicht auf planvolles Handeln in der deutschen Frage, auf Perspektive und eigene Einflußmöglichkeit und damit den Verzicht auf Politik überhaupt.

Die CDU will demgegenüber zeigen, was auch in dem eng begrenzten Manövrieraum der gesamtdeutschen Politik gegen Verletzung unserer Rechts- und Interessenposition durch die DDR getan werden kann. Die Bundesregierung soll davon Kenntnis nehmen, daß ein breiter Fächer von Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung steht. Sie soll erkennen, daß es zur „Vertragspolitik“ auch gehört, in der Logik vertraglichen Handelns zu bleiben und auf die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung zu dringen. Wir wollen die Bundesregierung dazu bringen, daß sie ihre Reaktionsfähigkeit gegenüber der DDR erhält und ausbaut — daß sie wieder planvoll, rational und gestaltend handelt.

Dazu gehört, daß der gesamtdeutsche Manövrierraum wieder unvoreingenommen analysiert und genutzt wird, daß man sich Optionen vergegenwärtigt und sie auch

anwendet. Dazu gehört auch für alle Bereiche der Vertragspolitik eine systematische, auf rasches Eingreifen programmierte Erfolgskontrolle, die Ausfälle der vereinbarten DDR-Leistungen signalisiert und einen Auslösemechanismus für Gegenmaßnahmen bietet. Dazu gehört ebenfalls, daß sich die Bundesregierung auf den Traditionsbasis politischen und diplomatischen Handelns besinnt und dessen Möglichkeiten gekonnt einsetzt.

Die CDU fordert einen kohärenten Katalog von Gegenmaßnahmen, der die auslösenden Unrechtshandlungen der DDR, den Handlungsspielraum und die Alternativen für konkretes Handeln in einem Entscheidungsraster zusammenstellt. Ein solcher Gegenmaßnahmenkatalog ist kein statisches Arsenal, aus dem mechanisch Sanktionen abzurufen wären. Im Gegenteil: schon die Bereitschaft zur Anwendung eines differenzierten Instrumentariums auf Seiten der Bundesregierung erzeugt beim Partner einen Ankündigungseffekt, eine Sanktionserwartung. Damit bereits hilft das Gegenmaßnahmenkonzept unmittelbar, Schadenshandlungen der DDR zu unterbinden. Es wirkt nicht reaktiv, sondern dynamisch.

Die künftigen Antworten einer deutschen Bundesregierung auf Schadenshandlungen der DDR müssen danach eine große Zahl von Parametern in ihr Kalkül einbeziehen. Dazu gehören zunächst die ganz normalen Kriterien rationaler Entscheidungsfindung — Abwägung der Interessen der einen und der anderen Seite, Voraussehbarkeit von Gegenreaktionen, Verhältnismäßigkeit des Mittels, Kosten-Nutzen-Relationen. Zusätzliche Parameter röhren aber aus dem speziellen deutschlandpolitischen Zusammenhang her: Wahl spezifisch deutschlandpolitischer Aktionsfelder; Abhängigkeit der DDR auf der gewählten Aktionsebene; spezielle Gegenreaktionsmöglichkeiten des Ostens; Reversibilität der geplanten Gegenmaßnahme; Möglichkeiten der Unterstützung durch die Alliierten, die westlichen Staaten, die Weltöffentlichkeit; die Auswirkung auf die Bürger in den beiden Teilen Deutschlands.

Niemand will die Komplexität der gesamtdeutschen Probleme verschweigen oder ausklammern. Jede Analyse der vorgestellten Art steht naturgemäß unter den Zwängen des komplizierten Kosten-Nutzen-Verhältnisses im gesamtdeutschen Bereich. Der Leistungsentzug, die Retorsion gegenüber der DDR können zu einer nicht gewollten Ausdünnung gesamtdeutscher Beziehungen führen, können den Abgrenzungswillen der östlichen Machthaber fördern, die Menschen treffen, kontraproduktiv wirken. Weil wir für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands eintreten, sind wir sozusagen auf der Geber- und auf der Nehmerseite verwundbar.

Zu den Realitäten in Deutschland gehört aber auch:

■ Entgegen jahrelanger Behauptung der Bundesregierung besteht ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, der Wille auch zur staatlichen Einheit in Deutsch-

land, fort. Er ist nicht abgestorben. Die DDR-Führung wird mit ihm rechnen müssen. — Gerade deshalb ist und bleibt die deutsche Frage für uns offen.

■ Mehr als die Bundesregierung es wahrhaben will, können wir uns den Lohn freiheitlicher Politik, internationalen Goodwill, zunutze machen. Unser Wiedervereinigungswille begegnet entgegen den defaitistischen Parolen der Bundesregierung in unseren westlichen Partnerländern der grundsätzlichen Unterstützung, die mobilisierbar ist.

■ Wir wissen, daß die DDR in ihrer gegenwärtigen Wirtschaftslage einen tendenziell wachsenden Bedarf an westlichen Leistungen (Devisen, Technologien, Absatzmärkte) hat. Dies gibt uns jetzt und in der Zukunft neue Aktionsfelder.

Wie überall in der Politik ist auch im gesamtdeutschen Bereich der Manövrierraum begrenzt. Der unzureichend ausgehandelter Grundlagenvertrag hat ihn weiter verengt. Aber es gibt trotzdem realistische Ansatzpunkte für ein entschlossenes Vorgehen mit Augenmaß und politischem Gespür. Nur muß die Aufgabe erkannt werden, müssen politische Kreativität und diplomatisches Können auch im internationalen Zusammenhang genutzt werden. Dazu ist notwendig ein Abschied von den bisherigen Arbeitsmethoden der Bundesregierung und ihren ideologischen Verkrustungen.

Die CDU ruft die Bundesregierung auf, der Deutschlandpolitik gerade in der Epoche mühevollen Ringens, die wir durchlaufen, einen höheren Stellenwert zu zuweisen, die mit gesamtdeutschen Fragen befaßten Regierungsstellen den Prioritäten entsprechend klarer durchzugliedern und die hier vermittelten Denklinien und Aregungen planvoll aufzuarbeiten.

Aktionsfelder

Im folgenden sollen einige Aktionsfelder aufgezeigt werden, die sich für die Aufarbeitung und die Berücksichtigung in einem Gegenmaßnahmenkatalog besonders empfehlen. Dabei besteht nicht die Absicht erschöpfender Darstellung. Auch wird nicht die Formulierung und Empfehlung konkreter Einzelmaßnahmen und ihrer jeweiligen Modalitäten angestrebt. Die Erörterung konzentriert sich auf

- das Gebiet des innerdeutschen Handels
- die bilaterale und multilaterale Diplomatie
- die Einflußnahme auf DDR-Interessen in der Bundesrepublik Deutschland. Hier nicht erfaßt, aber einer ähnlichen Aufarbeitung ohne weiteres zugänglich wären z. B.

- die finanziellen Leistungen der Bundesregierung an die DDR im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich
- die Abwicklung des privaten Zahlungsverkehrs unter den Teilvereinbarungen über den Transfer nicht-kommerzieller Zahlungen, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Nichteinhaltung der in einer dieser Vereinbarung vorgesehenen Vergleichbarkeit der Zahlungsflüsse
- die Möglichkeit, selektive Reziprozität bei der Formalisierung administrativer Verfahren einzuführen.

1. Möglichkeiten auf dem Gebiet des innerdeutschen Handels (IDH)

Nach wie vor ist der innerdeutsche Handel (IDH) für die DDR von großer ökonomischer Bedeutung. Die Bundesrepublik ist nach der UdSSR der zweitgrößte Handelspartner der DDR überhaupt, die ihrerseits mit der Bundesrepublik einen annähernd so großen Warenaustausch wie mit allen übrigen westlichen Industrieländern zusammen hat (DDR-Handbuch 1975, S. 425). Die DDR braucht dringend westliche Technologie und folglich Devisen, sie muß deshalb exportieren und dabei weltmarktfähige Endprodukte anbieten können. Sie ist bereit, sich dafür hoch zu verschulden. Der kumulierte Passivsaldo der DDR im IDH erhöhte sich folglich von 1,9 Mrd. VE (Verrechnungseinheiten) 1970 auf 2,4 Mrd. VE Ende 1975 (Bundestagsdrucksache 7/483) und hat heute eine Höhe von rund 2,6 Mrd. VE erreicht. Der IHD bietet der DDR neben der stillen Teilhabe am EG-Markt und dem Zugang zur Technologie der Bundesrepublik vor allem vier wichtige Vorteile:

- Sie erhält von der Bundesrepublik Deutschland zum Zahlungsausgleich („Swing“) zinslose Kredite von z. Z. bis zu 850 Mio. DM jährlich, außerdem weitere finanzielle Vorteile: Mehrwertsteuerregelung, Verrechnung zu konstanten Verrechnungseinheiten, staatliche Kreditgarantien.
- Sie kann Waren in die Bundesrepublik liefern, die ihr anderswo nicht abgenommen werden, vor allem Textilien und landwirtschaftliche Produkte.
- Kompensationsgeschäfte verschaffen ihr hochwertige Industriegüter gegen anderweitig schwer absetzbare Konsumware.
- Sie nutzt den IDH, um immer wieder kurzfristig auftretende Engpässe in der Produktion auszugleichen.

Diese Vergünstigungen, die die Bundesrepublik Deutschland der DDR — abgesehen vom Swing — sämtlich ohne Vertragsabmachung gewährt, haben es der

DDR wesentlich erleichtert, ihre ökonomischen Ziele wenigstens teilweise zu erreichen. Die weltweite Rohstoffpreiserhöhung die im RGW-Raum zu fühlbaren Verteuerungen geführt hat, und die daraus resultierende notwendige Exportsteigerung vor allem gegenüber der Sowjetunion werden die Abhängigkeit der DDR vom IDH und seinen Vergünstigungen künftig verstärken.

Die Bundesregierung muß prüfen, wie weit sie diesen breiten Fächer von Gratiszuwendungen auch bei fortgesetzter Rechts- und Interessenverletzung durch die DDR voll aufrechterhalten soll. Sie muß in den Entscheidungsraster einbauen, wo Möglichkeiten zur Modifizierung, Einschränkung, zeitlichen Streckung und Koppelung an das Wohlverhalten der DDR in bestimmten Bereichen bestehen.

Die CDU stellt keineswegs den IDH in Frage. Vielmehr hält sie am IDH als einem wichtigen gesamtdeutschen Element und als Ausdruck der Sonderbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten fest. Sie betont ebenso die besonders enge Verknüpfung zwischen dem IDH und der Sicherung der Lebensfähigkeit Berlins. Die CDU ist davon überzeugt, daß eine Verstärkung des IDH dem Interesse beider deutschen Staaten und insbesondere dem gesamtdeutschen Interesse der Bundesrepublik Deutschland Nutzen bringt.

Vertragsbrüche, Überstrapazierungen bestehender Verträge und Abkommen sowie unfreundliche Akte seitens der DDR tragen jedoch nicht zu einem Klima bei, in dem die Möglichkeiten des IDH voll ausgeschöpft und die der DDR gewährten Vergünstigungen dem Bürger in der Bundesrepublik Deutschland und in den übrigen EG-Staaten verständlich gemacht werden können. Die CDU tritt deshalb dafür ein, bei Schadenshandlungen der DDR den Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen stärker deutlich zu machen und die Vergünstigungen im IDH entsprechend zu überprüfen.

Aus dem Spektrum der Vergünstigungen bieten sich für eine solche Prüfung etwa folgende Bereiche an:

Lieferungen in die DDR

Seit 1949 gewährt die Bundesrepublik Deutschland der DDR zur Finanzierung ihrer Importe aus der Bundesrepublik einen jährlichen Kredit, den sogenannten Swing. Sein Volumen stieg von 16 Mio. Verrechnungseinheiten (VE) 1949 auf 660 Mio. VE 1974. Im Swing-Abkommen vom 12. Dezember 1974 wurde der seit 1968 zinslose Kredit auf höchstens 850 Mio. VE jährlich angehoben. Das Abkommen gilt bis Ende 1981.

Der DDR steht damit pro Jahr ein zinsloser Dauerkredit zur Verfügung, bei dem sie im Umfang der sonst erforderlichen Verzinsung von Kreditverbindlichkeiten eine fortgesetzte Zinssubvention durch die Bundesbank in Anspruch nehmen

kann. Die Zinsersparnis beträgt jährlich 33 bis 50 Mio. DM (Wirtschaftspolitische Chronik 1/1977, S. 73).

Bis Mitte 1980 muß über die weitere Zukunft des Swing verhandelt werden. Die Bundesregierung sollte dabei prüfen, welcher Manövrierraum bezüglich Modalitäten, Laufzeit, Höhe des Zinsfußes, Einführung periodischer Überprüfungsmechanismen etc. besteht.

Bezüge aus der DDR

Exporte dienen der DDR vor allem zur Devisenbeschaffung für den Einkauf von westlicher Technologie und hochwertiger Industrieausstattung. Im IDH stehen bei den Bezügen aus der DDR in der Herstellung billige Massenerzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Produkte der Landwirtschaft an der Spitze.

Die DDR kann somit im IDH Waren verkaufen, für die sie international keine Abnehmer findet. Sie verschärft mit ihren Lieferungen die Krisenlage insbesondere der Textilindustrie in der Bundesrepublik, wobei auch Versuche drastischer Preisunterbietung vorkommen. Hier sollte die Bundesregierung im Falle von Schadenshandlungen der DDR immer wieder die Möglichkeiten einer Überprüfung des Warenkatalogs ausloten.

In diesen Bereich gehört auch die Mehrwertsteuersonderregelung von 1970, die es Beziehern von DDR-Waren erlaubt, ihre Umsatzsteuerschuld im Umfang von 11 % (bzw. von 5,5 % bei bestimmten Waren) der Bezüge zu kürzen. Der Bundesrepublik entstand dadurch in den Jahren 1970—1975 ein Steuereinnahmeausfall von mindestens 560 Mio. DM (Bundestagsdrucksache 7/4839).

Auch diese Vergünstigung ist eine reine Vorleistung der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung muß hier prüfen, wieweit sie diesen Beitrag zur Devisenbeschaffung der DDR im Rahmen des Gegenmaßnahmekatalogs zur Disposition stellen muß.

Verrechnungsverkehr

Der IDH basiert seit seinem Beginn auf konstanten Verrechnungseinheiten, die dem Wert der DM entsprechen. Die DDR ist damit vor einer Verteuerung ihrer Bezüge aus der Bundesrepublik im Falle von Aufwertungen oder Kurssteigerungen der DM geschützt. Diese VE können von der DDR international nicht eingesetzt werden. Die Bundesrepublik ermöglicht es jedoch (z. B. durch ihre Bezahlung von Erdöleinkäufen der DDR in DM und deren Rückerstattung durch Verrechnungseinheiten), daß die DDR einen Teil ihrer im IDH eingenommenen VE in frei konvertierbare Währungen umsetzen kann, um damit wiederum Importe aus dem übrigen Westen zu bezahlen.

2. Möglichkeiten auf internationaler Ebene

Die DDR ist seit Abschluß des Grundvertrages 1972 von den meisten Staaten der Erde diplomatisch anerkannt worden (bis 1971: durch 31 Staaten, 1975: durch 105 Staaten). 1973 wurde die DDR (gleichzeitig mit der Bundesrepublik) Vollmitglied der Vereinten Nationen und der Mehrzahl ihrer Unterorganisationen. Bis 1975 hat die DDR rund 2 000 multilaterale völkerrechtliche Verträge mitunterzeichnet, darunter alle die Menschenrechte betreffenden internationalen Abkommen. Sie hat zudem die KSZE-Schlußakte von Helsinki durch ihre Unterschrift anerkannt und war Mitglied der Belgrader Folgekonferenz.

Durch diplomatische Offensiven, eine geschickte Kulturarbeit im Ausland und weltweite Informations- bzw. Desinformationstätigkeit hat sich die DDR inzwischen einen Namen gemacht. Obwohl ihre Entwicklungshilfeleistungen minimal sind, steigt das Ansehen der DDR in zahlreichen Ländern der Dritten Welt — vor allem durch ihre Bereitschaft, militärisches Material und Ausbildungspersonal großzügig zur Verfügung zu stellen.

Die Regierungen der SPD/FDP-Koalition haben zur weltweiten Hoffähigkeit der DDR auf internationaler Ebene wesentlich beigetragen. Geradezu beflissen ist gegenüber den Auslandsvertretungen und den Delegationen der DDR Kollegialität und Normalität praktiziert worden.

Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, daß die DDR in allen nicht auf westliche Staaten beschränkten internationalen Gremien Mitgliedschaft und eine absolut gleichwertige Ausübung ihrer Mitgliedschaftsrechte erlangt, und praktiziert seither das „geregelte Miteinander der beiden deutschen Staaten“ durch eine bewußt konfrontationsfreie Haltung. Innerdeutsche Streitfragen werden aus den internationalen Gremien ganz bewußt herausgehalten, Kontroversen, die die DDR aufbringt, werden defensiv behandelt und möglichst unauffällig beigelegt. Die Bemühungen zur Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes (deutsche Einheit, Status von Berlin, Terminologienfragen) beschränken sich auf das Allernotwendigste.

Auf diese Weise sind die deutsche Frage, aber auch der totalitäre Charakter der DDR im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zurückgetreten. Gleichzeitig führt die DDR — allein oder in Arbeitsteilung mit den anderen Warschauer Paktstaaten — eine internationale Verleumdungskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland. Ihr wird jedenfalls im diplomatischen Raum von der Bundesregierung wenig entgegengesetzt.

Es ist dringend erforderlich, daß die Bundesregierung von dem Gestaltungsrahmen, den die Bundesrepublik Deutschland in den internationalen Organisationen, aber auch im bilateralen diplomatischen Verkehr, besitzt, wieder Gebrauch macht.

Das gilt besonders in einer Periode, in der wir massiven Rechts- und Interessenbeeinträchtigungen durch die DDR ausgesetzt sind. Die Diplomatie muß erneut als ein umfassendes Instrumentarium begriffen werden, das zur Verwirklichung der deutschlandpolitischen Gesamtkonzeption gehört. Die bisherige mangelnde Nutzung des Instrumentariums ist um so unverständlich, als die DDR auf diesem Felde besonders verwundbar ist. Sie befindet sich in der psychologisch delikaten Situation eines Neuankömmlings im internationalen Leben und in den internationalen Organisationen und legt als Gemeinwesen mit instabilem Selbstverständnis ungewöhnliche Empfindlichkeiten und ein hochentwickeltes Prestigedenken an den Tag. Sie reagiert besonders heftig auf Vorwürfe mangelnden internationalen Wohlverhaltens und den Nachweis ihrer inneren Schwäche. Die darin für die Bundesregierung liegenden Möglichkeiten sind bisher nicht genutzt worden.

Charakterisierung des diplomatischen Instrumentariums

Das Instrumentarium umfaßt alle diplomatischen Techniken, von geringfügigen Atmosphäreveränderungen bis zu förmlichen Demarchen und Beschußvorgängen. Seine Vorteile liegen in der kurzfristigen Anwendbarkeit, seiner beliebig feinen Dosierbarkeit und dem relativ geringen erforderlichen Aufwand. Es erlaubt auch „indirekten“ Einsatz, ohne notwendig zur Eskalation durch die andere Seite oder zu Zugzwängen zu führen.

Auf der anderen Seite haben manche Techniken des diplomatischen Arsenals auch nur eine begrenzte Wirksamkeit; Lebensinteressen der DDR ließen sich hiermit nicht unmittelbar treffen. Die diplomatischen Instrumente sollten deshalb immer im Zusammenhang mit anderen Instrumentarien und eingebettet in eine Gesamtkonzeption verwendet werden.

Für die Erarbeitung eines Katalogs flexibler Gegenmaßnahmen sollte die Bundesregierung verstärkt ihre Aufmerksamkeit der multilateralen Diplomatie zuwenden. In den internationalen Gremien ist es — gerade bei der Gültigkeit und der Glaubwürdigkeit der von der Bundesrepublik Deutschland zu vertretenden Anliegen — möglich, durch eine breite Unterstützung wohlgesonnener Mehrheiten, eine hohe Öffentlichkeitswirkung und für das Prestige internationaler Mehrheitsentscheidungen wichtige Effekte zu erzielen.

Einzeltechniken

Hier müssen zunächst die Instrumente der klassischen Diplomatie, z. B. im Sinne einer Nuancierung der diplomatischen Atmosphäre, eingesetzt werden. Entgegen der gleichmäßig temperierten Gefälligkeitsdiplomatie der Bundesregierung müßten

Schadenshandlungen der DDR — für alle äußerlich erkennbar — mit differenzierteren Reaktionen gegenüber der DDR-Diplomatie, auch im persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr, der Art der Pflege konkurrierender Mächte, differenzierender Behandlung der anderen Ostblockstaaten etc. beantwortet werden.

Je nach Schwere der Beeinträchtigung unserer Rechts- und Interessenpositionen durch die DDR müßten auch förmliche Zurückweisungen in den dafür geeigneten internationalen Gremien erfolgen.

Ein wichtiges Mittel müßte auch das bewußte Bloßstellen der DDR vor den zuständigen internationalen Gremien sein, wann immer wir legitim Mängel und Versäumnisse in der Durchführung und Beachtung uns angehender internationaler Absprachen etc. aufweisen können. Dabei darf die Bundesregierung sich auch nicht scheuen, der DDR peinliche Vorgänge und Daten unter Berufung auf das internationale Recht, internationale Standards oder das Vertragsvölkerrecht an die internationale Öffentlichkeit zu bringen.

Eine weitere Technik muß sein, die DDR in internationale Verantwortung einzubinden und sie an international gültige Verhaltensweisen zu gewöhnen — eine Art Heranführung an das von der DDR in anderen Bereichen erstrebte „Weltnivau“. Dies gilt etwa für die Entwicklungshilfefragen, aber auch bei Verkürzung der menschlichen Erleichterungen für die Deutschen in der DDR. Diese Techniken müßten die auf internationale Wohlverhaltenszeugnisse erpichte DDR in Zugzwang bringen.

Schließlich müßte auch stärker von der Technik Gebrauch gemacht werden, die DDR auch in multilaterale Verhandlungszusammenhänge hineinzubringen, in denen sie durch eine entsprechende Verhandlungsführung der Bundesrepublik Deutschland und anderer Westmächte zu bestimmten Zugeständnissen verlockt oder andererseits pönalisiert werden kann.

Themen

Nach Auffassung der CDU müßte das diplomatische Instrumentarium vor allem eingesetzt werden, um die deutsche Frage und die Menschenrechtsverletzungen der DDR auch international zu thematisieren.

Die Bundesregierung darf sich nicht scheuen, auch in den internationalen Organisationen immer wieder, mit diplomatischem Augenmaß, die Offenheit der deutschen Frage, den Unrechtscharakter der DDR und die daraus resultierenden Gefahren für den Frieden Europas und in der Welt international deutlich zu machen. Die DDR muß gezwungen werden, durch entsprechende Maßnahmen und Erklärungen die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, daß ihre Politik gegenüber den

Bürgern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland der Entspannung dient und daß sie Geist und Buchstaben der seit 1972 mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Verträge voll respektiert.

Damit im Zusammenhang steht die Menschenrechtsfrage. Bisher hat die Bundesrepublik in den internationalen Gremien keine adäquate Menschenrechtspolitik gegenüber der DDR betrieben. Sie hat sowohl in der Menschenrechtskommission wie auch in den Gremien für die Überwachung des Menschenrechtspaktes der Vereinten Nationen unsere Position nur in matter und defensiver Form vertreten und gegenüber Ausfällen und Angriffen der DDR insgesamt apologetisch und unzureichend geantwortet.

Neben der KSZE-Schlußakte bieten auch die von der DDR ratifizierten Menschenrechtspakte der UNO zahlreiche Möglichkeiten, gegenüber der DDR eine offensive Menschenrechtspolitik zu treiben. Die DDR, die gern und oft ihre „Völkerrechtstreue“ betont und der Bundesrepublik Deutschland immer wieder vorwirft, sie halte sich nicht an das geltende Völkerrecht, sieht sich bei der internationalen Diskussion und Überwachung der beiden Menschenrechtspakte und der KSZE-Schlußakte in arger Bedrängnis.

Die DDR hat — ebenso wie einige ihrer „Bruderstaaten“ — in letzter Zeit ihre Bemühungen verstärkt, aus der Defensivposition herauszukommen und den menschenrechtlichen Herausforderungen offensiv zu begegnen. Die Brisanz jedoch, mit der über Inhalt und Umfang der Menschenrechte diskutiert wird, schafft man nicht mit der Behauptung aus der Welt, die westlichen Staaten sollten die Menschenrechte erst einmal im eigenen Machtbereich verwirklichen, ehe sie — auf interventionistische und „zersetzende“ Weise — nach der Durchsetzung der Menschenrechte in den kommunistischen Staaten rufen.

Ein Aktionsfeld für die multilaterale Diplomatie bietet auch das für die DDR wichtige Gebiet der wirtschaftlichen und technologischen Information. So ist etwa in der ECE zu beobachten, daß die DDR einseitig ihren Informationsbedarf befriedigen will, mit eigenen Angaben auch statistischer Art jedoch zunehmend geiziger wird.

Ohne Gegenleistung erhält die DDR damit einen großen Teil der für ihre Wirtschaft dringend notwendigen Daten. Die Bundesregierung muß prüfen, wie weit gerade in Zeiten der Rechts- und Interessenbeeinträchtigung durch die DDR das Maß der von uns zur Verfügung gestellten Informationen gegenüber der DDR — auch demonstrativ — an das von dort Erhaltene angepaßt werden kann.

Thematisiert werden sollte auch die Verletzung der weltweiten Mitverantwortung der DDR an der Friedensbewahrung und Friedenssicherung — z. B. im Zusammenhang mit ihren militärischen Aktivitäten in afrikanischen Ländern — und ihre

sogar im Rahmen des Ostblocks verschwindend geringe Entwicklungshilfe sowie ihr unzureichender Beitrag zum Handel mit den Entwicklungsländern.

Wahl des Forums

In den Gegenmaßnahmenkatalog könnten sowohl diejenigen internationalen Organisationen eingebaut werden, in denen allein westliche Staaten vertreten sind, wie auch die West-Ost-Gremien und die weltweiten Organisationen. Unterschiede ergeben sich dabei naturgemäß in der Wahl der für Mehrheitsentscheidungen notwendigen Partner, den Argumentationsformen und der zu wählenden Thematik. Unter den rein westlichen Gremien sollte verstärkt geprüft werden, inwieweit auch die NATO — abgesehen von der traditionellen und beizubehaltenden Berlin-Thematik — stärker unseren Interessen nutzbar gemacht werden kann.

Gerade im Zuge der von Präsident Carter verfügten erschwerten Lieferbedingungen für bestimmte fortgeschrittene und strategisch wichtige Investitionsgüter sollte mit Vorrang auch untersucht werden, wieweit COCOM stärker in den Dienst der Abwehr von Schadenshandlungen der DDR gestellt werden könnte.

Eine besonders wirksame diplomatische Strategie dürften die Ost-West-Gremien, insbesondere die ECE- und KSZE-Nachfolgegremien darstellen, da hier die Mehrheit der Staaten des freien Europa eindeutig ist. Dem ständigen engen Zusammenwirken mit den für Berlin und Deutschland zuständigen alliierten Mächten kommt dabei naturgemäß ein besonderer Rang zu.

3. Möglichkeiten gegenüber den DDR-Interessen in der Bundesrepublik Deutschland

Gemäß dem kommunistischen Prinzip der sogenannten „friedlichen Koexistenz“ versucht die DDR seit ihrem Bestehen, unterhalb der offiziellen staatlichen Ebene auf vielen Wegen die ideologische Auseinandersetzung in die Bundesrepublik Deutschland hineinzutragen. Seit dem Abschluß des Grundvertrages und der Zulassung der DKP in der Bundesrepublik ist die DDR dabei zum Teil aus der Grauzone von Spionage und Subversion herausgetreten und bestrebt, ihre Infiltrationsarbeit auch mit legalen Mitteln durchzuführen.

Hauptträger ihrer Bemühungen ist dabei die DKP mit ihren zahlreichen Unterorganisationen (SDAJ, Junge Pioniere, Spartakus usw.) und von ihr beeinflußten Organisationen (DFU, KFAZ, VDJ, VVD-BdA, DFG-VK). Leitung, Ausbildung und Finanzierung werden maßgeblich von der SED und ihren Gliederungen ge-

tragen. Seit Gründung der DKP sind die Kontakte zwischen ihr und der DDR erheblich ausgeweitet worden (1976: Einreise von 1 380 DDR-Funktionären zu offiziellen Veranstaltungen der DKP, Verfassungsschutzbericht für 1976, S. 56). Außerdem hat die DDR bzw. die DKP das Netz von Unterstützungseinrichtungen in der Bundesrepublik ausgebaut (z. B. 17 Verlage und etwa 40 sogenannte „collectiv“-Buchhandlungen, nach Verfassungsschutzbericht 1977, S. 34).

Mitgliederzahl und offiziell ausgewiesenes Finanzaufkommen der DKP stehen dabei in keinem realistischen Verhältnis.

So wissen wir, daß 1977 die finanzielle Unterstützung der DKP und ihrer Nebenorganisationen durch die DDR eine Höhe von mehr als 50 Mio. DM erreicht hat. Die Transferierung dieser erheblichen Mittel geschieht über in der Bundesrepublik Deutschland tätige Firmen, die ausschließlich im Auftrag der DDR arbeiten.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der DKP mit ihren Nebenorganisationen liegt in der Bündnispolitik mit nicht-kommunistischen Kräften und der Suche nach Aktionseinheit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften.

Die Gefahren, die von den über die DKP kanalisierten Aktivitäten der DDR für die freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ausgehen, sind offenkundig. Die Bundesregierung muß stärker als bisher prüfen, wie sie nicht nur die illegalen, sondern auch die legalen Infiltrationsinstrumente der DDR in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen unserer Rechtsordnung kontrolliert.

Solche Kontrolle muß sich allein deshalb empfehlen, weil die Tätigkeit dieser Infiltrationsmedien immer wieder eine teils vermutete, teils nachgewiesene illegale Komponente besitzt. So liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Mitglieder der rund 300 Betriebsgruppen der DKP systematisch für die Werksplonage eingesetzt werden. Es ist bekannt, daß Spionagetätigkeit sich auch im Gewande des kommerziellen Güterverkehrs abspielt, wo die Lkw-Fahrer, Angehörige einer speziellen Fallschirmjägereinheit, bei ihren Fahrten im Bundesgebiet Intelligence-Aufträge erfüllen und Kontakte mit DDR-Agenten unterhalten.

In den von der DKP betreuten und finanzierten Veröffentlichungen bemühen sich die Autoren um eine Wortwahl innerhalb des verfassungsmäßig Zulässigen; die Verteidigung „revolutionärer Gewalt“ und anderer von der SED propagierter Ziele fluktuiert jedoch immer wieder um die Grenzen der Staats- und Verfassungsschutzbestimmungen. Hier sollte die Bundesregierung prüfen, wieweit sie Bestimmungen des Verfassungsschutzes, des Strafrechts etc. nicht noch mit größerer Sorgfalt ausschöpfen müßte. Im Gegenzuge zu Schadenshandlungen der DDR muß geprüft werden, wieweit der Verdacht nachrichtlicher Tätigkeit nicht auch

gegenüber einreisenden kommunistischen Funktionären, den besagten Lkw-Führern und anderen Verdachtspersonen in besonders sorgfältige polizeiliche Kontrolle und Beobachtung umgesetzt werden muß.

Zur stärkeren Kontrolle der Interessen der DDR in der Bundesrepublik durch den Staat muß als sinnvolle Ergänzung eine größere und kritischere Beachtung der DDR-Politik in den Medien der Bundesrepublik Deutschland treten.

Hierher gehört auch die Notwendigkeit einer ausführlichen Behandlung der deutschen Nachkriegsgeschichte in den Schulen. Dafür ist Voraussetzung, daß die DDR-Forschung in der Bundesrepublik größeres Gewicht erhält und endlich aus ihrer augenblicklichen Phase der weitgehend unkritischen Deskription herausgeführt wird.

Zur Sache:

Für eine aktive Deutschlandpolitik

Siebzehn Jahre nach der Errichtung der kommunistischen Sperrmauer – am 13. August 1961 – müssen wir uns fragen, wie es um die Deutschlandpolitik steht.

Die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung hat für die Menschen im anderen Teil keine Erleichterung gebracht:

- die Grenzanlagen sind noch mörderischer geworden,
- die Menschenrechte werden mißachtet, obwohl die DDR die Bürger- und Menschenrechtspakte der UNO übernommen hat,
- der SED-Staat wird zunehmend dreister, wie eine Vielzahl von Schikanen (z. B. auf den Transitwegen nach Berlin) und offenen Vertragsbrüchen beweisen.

Die CDU stellt fest, daß den anhaltenden Beeinträchtigungen unserer Rechts- und Interessenposition von der Bundesregierung nichts entgegengesetzt wird. Der euphorischen Phase in

der Aera Brandt folgte Schmidts Konzept: Gewährenlassen und Nichtstun!

Klare und planvolle Deutschlandpolitik aber erfordert im innerdeutschen Verhältnis die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung.

Die DDR darf keinen Freifahrtschein für Rechtsbrüche, Schikanen und Menschenrechtsverletzungen erhalten.

Die CDU fordert: der DDR-Willkür durch geeignete Gegenmaßnahmen zu begegnen:

- im innerdeutschen Handel,
- auf internationalem Parkett (z. B. UNO),
- auf DDR-Interessen in der Bundesrepublik Deutschland (z. B. DKP) Einfluß nehmen.

Schluß mit der hilflosen Deutschlandpolitik der SPD/FDP. Für eine aktive Deutschlandpolitik.

CDU

*sicher
sozial
und frei*

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle 15/23